

Dienststelle

Ordnungsstrafverfügung

Herrn/FrauX
Andreas Warschau

Louisenstraße 81

Dresden

8 0 6 0

Zahlungsgrund	
konstant	variabel
329	
0 2 0 9 6 4 4 2 0 9 1 8	
5161-36-122	
Kontoführendes Kreditinstitut u. Konto-Nr.	

Sie haben am 22. 11. 1988 eine Ordnungswidrigkeit begangen, indem Sie in Dresden, Alaunstraße/Bautzner Straße, in demonstrativer Weise eine Mißachtung von Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften, staatlicher und gesellschaftlicher Interessen bekundeten und dazu aufforderten.

Ordnungswidrigkeit nach §§ 4 Abs. 1, Ziff. 4 der Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 22. 03. 1984

Es wird daher gegen Sie als Ordnungsstrafmaßnahme

ein _____ ausgesprochen*)

eine Ordnungsstrafe von 400,-- Mark (in Worten) -vierhundert- Mark festgesetzt*)

die Heranziehung zur gemeinnützigen Arbeit an - Tagen

sowie _____ verfügt.*

Begründung: Die Art und Schwere der von Ihnen begangenen Ordnungswidrigkeit und der Grad Ihrer Schuld erfordern den Ausspruch dieser Ordnungsstrafmaßnahme.

Die gemeinnützige Arbeit ist am _____ in der Zeit von _____ Uhr bis _____ Uhr bei _____ zu verrichten.

Zu den Ordnungsstrafmaßnahmen treten noch _____ Mark Auslagen.

Der Gesamtbetrag von 400,-- Mark

ist innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung dieser Ordnungsstrafverfügung auf das o. g. Konto unter Angabe des variablen Zahlungsgrundes zu überweisen.**

Die anderen Ordnungsstrafmaßnahmen sind bis _____ zu erfüllen.*

Gegen diese Ordnungsstrafverfügung können Sie innerhalb von zwei Wochen Beschwerde bei der obigen Dienststelle einlegen. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen und zu begründen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Die Beschwerde hat _____ aufschiebende Wirkung.

Wird innerhalb der gesetzten Frist die gemeinnützige Arbeit nicht durchgeführt oder nicht ordnungsgemäß verrichtet, kann eine Ordnungsstrafe bis in Höhe von _____ Mark verfügt werden.

i. A. Wickert/ Stellvertr. d. Leiters -Operativ-
Unterschrift

* Nichtzutreffendes streichen.
** Die Angaben im gerahmten Feld sind bei Einzahlungen sowie bei Anfragen und Beschwerden unbedingt anzugeben.



**BEZIRKSBEHÖRDE
DER DEUTSCHEN VOLKSPOLIZEI**

Dresden

Der Chef

BDVP, Königsstraße 2, Dresden, 8060 , Straße der Einheit 1

Herrn
Andreas Warschau

Louisenstr. 81

Dresden

8 0 6 0

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Hausapparat

Unsere Zeichen

Datum

s-ra-st

09. 02. 1989

Betreff:

Beschwerde gegen die Ordnungsstrafverfügung Nr. 020964420918

Werter Herr Warschau!

Ihre Beschwerde gegen die vom Leiter des Volkspolizei-Kreisamtes Dresden am 12. 01. 1989 gegen Sie ausgesprochene Ordnungsstrafmaßnahme wurde durch die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Dresden geprüft. Im Ergebnis ergeht folgende

V e r f ü g u n g :

Die ausgesprochene Ordnungsstrafe in Höhe von 400,- Mark (Vierhundert) wird bestätigt und bleibt aufrechterhalten.

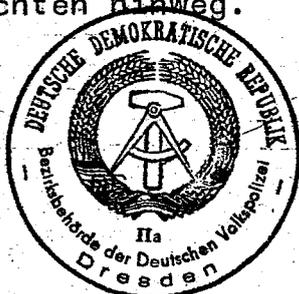
Diese Entscheidung ist gemäß § 34 Absatz 2 des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 12. Jan. 1968 endgültig.

Der Betrag, einschließlich der Auslagen, ist innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt dieser Verfügung zu begleichen.

Begründung:

Die vom Leiter des Volkspolizei-Kreisamtes Dresden getroffene Entscheidung ist sachlich und rechtlich richtig und besteht zu Recht. Sie haben am 21. 11. 1988, gegen 11.45 Uhr, in 8060 Dresden, Alaunstraße/Bautzener Straße in demonstrativer Weise eine Mißachtung von Rechtsvorschriften, staatlicher und gesellschaftlicher Interessen bekundet und dazu aufgefordert.

Mit dieser Handlung setzten Sie sich über bestehende Rechtspflichten hinweg.



I. A.

Lissel

Fernsprecher:
59400

Bankverbindung:
Staatsbank der DDR, Konto-Nr. 6666-16-200014

Andreas Warschau

Louisenstr. 81

DRESDEN

8060

An den Leiter des VPKA

VPKA Dresden

Schießgasse 7

DRESDEN

8010

Dresden, am 20. 01. 1989

Betr.: Beschwerde zur Ordnungsstrafverfügung vom 12. 01. 89
(Zahlungsgrund: 329 020964420918, Kto.-Nr. 5161-36-122)

Hiermit lege ich Beschwerde gegen die gegen mich verhängte Ordnungsstrafe ein. Ich bin der Meinung, daß mein Auftreten am 22. 11. 1988 in der Öffentlichkeit kein Vergehen gegen den § 4, Abs. 1, Ziffer 4 der Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 22. 03. 1984 darstellt. Ich hatte ein Plakat gezeigt mit der Aufschrift "DSF + Sputnik S DSF - Sputnik". Ich sehe nicht, worin der Inhalt dieses Plakates "in demonstrativer Weise eine Mißachtung von Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften, staatlicher und gesellschaftlicher Interessen" darstellt. Auf dem Plakat steht kein Wort davon, daß ich den Beschluß des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen nicht achten, nicht befolgen würde. Noch viel weniger habe ich andere Bürger zu irgendwelchen Aktionen oder Bekundungen, gleich welcher Art, aufgefordert. Eine Mißachtung würde vorliegen, wenn ich beispielsweise öffentlich aus einem "Sputnik" nach dem Verbot vorlesen würde; eine Aufforderung z. B., wenn der Inhalt des Plakates etwas sagen würde: "Wehrt euch gegen das Sputnik-Verbot". Beides trifft nicht in dieser oder auch nur entfernt ähnlicher Weise zu. Das gezeigte Plakat macht lediglich auf die Folgen aufmerksam, die das "Sputnik"-Verbot in meinen Augen unter anderem hat.

Ich wiederhole noch einmal, daß ich nie die Absicht hatte und dergleichen auch in Wirklichkeit nicht getan habe, die Weisung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen zu mißachten, zu unterlaufen oder andere zu solchen Handlungen aufzufordern! Ich erwarte von Ihnen, daß Sie sich diese Tatsache noch einmal vor Augen halten und daß Sie bei der Beurteilung des Sachverhaltes nur von den reinen Tatsachen, die am 22. 11. 1988 zwischen 11.30 Uhr und 11.45 Uhr entstanden sind, ausgehen.

Ich erwarte ~~xxxxxxx~~ von Ihnen, daß Sie die Anschuldigung eines Vergehens gegen oben genannten Paragraphen zurückziehen und unter diesen Umständen das Ordnungsstrafverfahren **annulieren**.

Andreas Warschau
Andreas Warschau

jetzt sind schon wieder Ansätze zu erkennen, dass Demonstrationen zu kommunizieren
werden. ~~vergessen~~ (kann man mangelhaft, sie möge ihre Funktionen gehabt haben, aber
jetzt werden mal wieder Ideen wichtig, und dafür das Wort schon) Dabei
vergisst man, dass es diese Demonstrationen heute noch genauso annehmen werden
an der MR wie vor 3 Wochen! ~~Wort~~

Übrigens: Auch die "UNION" die in der vergangenen Woche für meine Begriffe
ein Übermaß an mit ~~fast~~ heute hat, setzt die Inflation des Wortes ~~Wort~~
"Dialog" noch etwas drauf, indem sie auf in der Ausgabe vom 25.10.
auf der Lokalseite Junde von "Dialoggesprächen" ankündigte. Warum
nicht gleich entsprechende Dialogunterhaltung oder so?

Obwohl ich als Mitglied des Verbandes der Feldarbeiter schreibe, ist folgendes sicher nicht
Standpunkt der Organisation, die leider nicht zuletzt dadurch daß sie sich bisher
nicht an der öffentlichen Diskussion beteiligt hat, ihr letztes bißchen Glaubwürdigkeit
schon jetzt verloren hat und sich damit einmündend schnell in die Reihe der
mischen anderen beschriebenen gesellschaftl. Parteien und Organisationen ^{integriert} einfügt hat.

Hier ist nur durch verlässliche ~~judenmische~~ Maßnahmen noch etwas zu retten.
So bequemenwert der beginnende Dialog ist - es habe Angst, daß wieder
alles zunichte wird und zu wenig an Bewegung inhaltlich passiert. So nach
dem Motto: Jetzt kommt ihr ja alle mitreden, was wollt ihr ^{so?} überhaupt
erreicht uns die Dialogfähigkeit unserer rechtlichen Führung anspornt kann.
Wenn man erst mit diesen Massendemonstrationen beginnt hat, daß in unserem
Land grundsätzlicher geändert werden muß, kann man eigentlich nur noch
von Unfähigkeit und Ignoranz sprechen. Signale gab es ja schon vorher
genug, allein in den letzten 12 Monaten z.B. folgende Kernfragen:
Das Sprinkler-Verbot im vergangenen Herbst, die eklatanten Vorgänge in Zusammenhang
mit den Kommunalwahlen vom 7. Mai und eben nicht zuletzt die
~~Veränderung~~ ^{kleiner Punkt} mit August (!) gar nicht zu erwähnen die Tausende Anträge
seit Jahren! Es gehört schon ein gewisses Maß Wirklichkeitsbewußtsein dazu,
daß alles nicht als Zeichen zu verstehen, so gesehen ist die ^{Frage nach der} ~~politischen~~
Rolle der SED ^{nur noch formal} ~~fast nicht Gegenstand~~, da sie selbst sich ja dieser Rolle
bewußt hat, indem sie bestenfalls noch reagierte, aber nicht agierte!

So weit, so schlecht. Nicht nur meine Gehälter ist überkapazit. Im Mittelpunkt
der öffentlichen Auseinandersetzung sollte jetzt meiner Meinung nach nicht das
Feststellen der Notwendigkeit von ~~Veränderung~~ ^{Veränderung} sein (damit sind sich ja wohl nun
doch offensichtlich die ~~meisten~~ ^{meisten}), sondern das WAS und WIE.
Ich stelle, wie gesagt, die Glaubwürdigkeit der meisten beschriebenen Organisationen
in Frage. Ein solcher Vertrauensverlust, wie ihn diese Organisationen zu belegen
haben, kann man bestenfalls und nicht zuletzt ^{noch} mit personelle Veränderungen
kompensieren. Man kann meiner Meinung nach keine neuen Mängel mit allen
Köpfen machen. Mir stellt sich wie viele die Frage nach neuen Organisationen,
die nicht Anteile der VdF von oben ~~nach unten~~ ~~von unten~~ ~~von unten~~ ent-
stehen. Leider weiß ich zu wenig über das Neue Forum ^{oder andere} ~~sonst~~.
Aufgrund, da sie ja leider nicht zugelassen sind und man es auch
nicht für notwendig gehalten hat, mal mitzuteilen, wenn denn nun
das Verfassungspündliche solcher ~~Organisation~~ ^{Organisation} kritischer besteht. ~~Das sollte~~
~~man sich nicht~~ ^{man sollte} ~~überprüfen~~. Insofern kann ich mich dem allgemeinen
Auf und dem Neue Forum nicht vorbehaltlos zustimmen, wohl aber
dem nach der Zulassung von Bürgerinitiativen überhaupt.
Dabei ~~darf~~ ^{darf} man natürlich nicht außer Acht lassen, daß unsere Systeme
von Rechtsvorschriften offenbar nicht mehr der Forderung der Zeit
entspricht. Hierüber sollte so schnell wie möglich eine breite Diskussion

erfährt werden, wie ^{und} über das spezielle Problem des Wahlgesetzes.
 Ich unterschreibe jedenfalls die Forderung nach freien und gebührenden
 Wahlen und fordere, die entsprechende gesetzliche Bestimmungen
 vor den im nächsten Jahr ausstehenden Volkshammerwahlen durchzusetzen.
 Völlig die größte Bedeutung, von der wohl alles abhängt, hat
 meiner Meinung nach eine durchführende, eindeutige, objektive Analyse
 unserer wirtschaftlichen Situation. Jeder sieht und erfährt in seinem
 konkreten Lebensumfeld den Rand des Abgrundes, an dem wir
 stehen. Aber kaum jemand ist in der Lage, über die Grenzen seiner
 Arbeitsstelle hinauszublicken. Ein solcher Überblick ist aber ~~die~~ ^{ein} not-
 wendige Voraussetzung ^{so} Ausgangspunkt für ^{erfolgreiche} ~~wirtschaftliche~~ ^{sozialistische} Veränderungen.
 Wohl kann ein Problemfeld ^{so} komplex und für den ^{gewöhnlichen} ~~gewöhnlichen~~ ^{Arbeiter} ~~Arbeiter~~ so
 wenig transparent wie unsere Wirtschaft, aber ohne diese Transparenz
 werden auch durchführende Veränderungen (die sicher für viele auch
 Härten mit sich bringen werden) nicht die aktive Mitarbeit der Masse
 erfahren, sondern diese sich die Veränderungen wünschen.

Das sollte
 man auch
 nicht
 isolieren

Dagegen ist die Durchsetzung politischer Rechte, wie wir sie
~~alle~~ ^{alle} wünschen, ^(*) fast noch ein Wunderpiel. Ich hoffe nur, daß
 die aus ihrer Lethargie erwachte Masse sich nicht durch die im Ansatz
 erkennbare Offenheit einschleichen lassen, denn "glasnost" ohne "Perestroika"
 mitot im Endeffekt keinen.

Andreas Wenzel
 Mitglied des Stadtkomitees
 Partei - Vorstand der Volk

* (und in dem ^{und} ^{u.a.} auch Demonstrationen u. Versammlungstätigkeit sowie
 eine Anweisung der Massenorganisationen)

Zur Vorbereitung auf ein Interview mit dem Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft hat die ÖAG Halle begonnen, einen Fragenkatalog zusammenzustellen

1. Aktive Mitarbeit der Bürger beim Umweltschutz setzt die Kenntnis über den Zustand der Umwelt voraus. Wann wird die Anordnung vom 16.11.82 über die Geheimhaltung von Umweltdaten aufgehoben? In Halle wurde sowohl vom Leiter der Staatlichen Umweltinspektion als auch vom Kreisarzt eine Veränderung der Geheimhaltepraxis in Aussicht gestellt.
2. Wo wird das Kernkraftwerk 4 der DDR errichtet? Welche Leistungen es haben und wann soll mit dem Bau begonnen werden und wann soll in Betrieb gehen?
3. Durch den sogenannten "Brikettbeschluss" werden Briketts durch Braunkohle in den Heizungsanlagen gesellschaftlicher Einrichtungen ersetzt. Das hat besonders in den Innenstädten schlimme Folgen für den Zustand der Luft. Ist es beabsichtigt, diesen "Brikettbeschluss" wieder aufzuheben?
4. Welche Konzeption verfolgt das Ministerium für Umweltschutz bzgl. einer verstärkten Werbung für umweltgerechtes Verhalten?
5. Ist es nicht an der Zeit, in der DDR eine mindestens monatlich erscheinende Umweltzeitschrift herauszugeben? Der "UW" ist nicht ausreichend.
6. Die Stadtordnungen sind praktisch nicht durchsetzbar, da sie keine Gesetzeskraft haben. Von seiten der VP besteht Unwillen, kleinere Umwelttünden auch zu ahnden. Wie kann die rechtliche Durchsetzung der erlassenen Bestimmungen verbessert werden?
7. Gibt es eine Weltschadensanalyse für die DDR und wie ist das Ergebnis?
8. Die DDR hat sich international verpflichtet, den SO_2 -Ausstoß um 30 % zu verringern. Wie ist dazu der Stand und was waren die Ausgangswerte Anfang der 70'er Jahre?
9. Die DDR hat im Gegensatz zur Verminderung des SO_2 -Ausstoßes Möglichkeiten, den Verbrauch von FCKW drastisch zu senken. Warum wird der Einsatz von FCKW als Treibgas nicht sofort eingestellt, warum werden zur Rückgewinnung von Kältemitteln aus Kühlschränken z.B. keine erhöhten Aufkaufpreise festgesetzt?
10. In Dresden ist es zu massiven Einsprüchen gegen die Errichtung eines Siliciumwerkes gekommen. Wie ist darüber entschieden worden?
11. Der hohe Fleischverbrauch in der DDR hat auf die Landwirtschaft erheblichen Einfluß mit Umweltbelastungen. Warum wird nicht verstärkt auf geringeren Fleischverbrauch orientiert? Warum gibt es bei uns keine vegetarischen Speiselokale und warum ist das Angebot an Vollkornbrot so gering?
12. Sind in der DDR weitere Mülldeponien zur Aufnahme von Müll aus dem Ausland vorgesehen?

13. In welchem Zeitraum ist die Rekonstruktion der Schwelerei in Espenhain vorgesehen, um die Belastung in diesem Raum zu verringern?
14. Die im Kulturbund organisierten Mitglieder der Gesellschaft für Natur und Umwelt sind den Bierdeckelsammlern und Bonsaifreunden gleichgestellt. Ihre Arbeit wird als Hobby dargestellt, obgleich ihr Engagement für unsere gemeinsame Umwelt nicht so bezeichnet werden kann. Wie könnte der Arbeit dieser Freunde ein höherer Stellenwert zugebilligt werden? Wäre es nicht möglich analog zu dem Freidenkerverband eine eigene Umweltorganisation in der DDR zu gründen?
15. Die Kompetenzen für den Umweltschutz sind so sehr dezentralisiert, daß sie für den Bürger vor Ort oft undurchschaubar sind. (Emissionen/Abprod. = STUI, Immissionen/Lärm = BHI, Wasser = Wasserwirtschaft, Wald = Forstwirtschaft usw.) Warum können in den Städten nicht Umweltämter eingerichtet werden, die für alles zuständig sind?
16. Wann ist in der DDR mit dem Einsatz bleifreien Benzins und Autos mit Katalysator zu rechnen?
17. Wie wird sich die DDR nach Auslaufen des Antarktisvertrages verhalten?

Welche Fragen würden Sie dem Minister stellen ?

Schreiben Sie uns, wir warten auf Ihre Fragen.

ÖAG Halle, Mittelstr. 14/15 4o2o Halle

+++++

BERICHT ÜBER EINE AUSSTELLUNG

Eine Ausstellung von Büchern und Postern zum Umweltschutz war in Berlin aus Anlaß des Weltumwelttages zu sehen. Die ÖAG Halle bat Berliner Umweltfreunde, die Ausstellung für uns zu besuchen. Hier ihr Eindruck:

"Die Ausstellung war -gelinde gesagt- ein Reinfall. Ungefähr 20 Plakate, die im Laufe der Jahre entstanden sind, davon 5, die man als wirkungsvoll bezeichnen kann. Die Bücher in einem kleinen Raum, alle unter Glas, also nicht zum Anfassen oder Reinschauen, waren auch nicht das Neueste. Sie reichten vom Fachbuch bis zum Bummiheft. Von den Organisatoren (Min.f. Umweltschutz u. Wasserwirtschaft/Min. für Kultur) war niemand anwesend, der Betreuer der Ausstellung war bei konkreten Fragen überfordert. Im großen und ganzen war die Ausstellung weder ansprechend noch informativ, eben ganz dem Stellenwert. Die Liste der ausgestellten Bücher und Poster soll man beim Zentrum für Umweltgestaltung, Schnellerstr. 14o, 119o Berlin anfordern können."

+++++

Klares Wasser in die Elster?

Es ist kaum zu glauben, für das Neubaugebiet in Schkeuditz mit ca. 6000 Einwohnern ist bis heute keine Abwasserreinigungsanlage gebaut worden. So fließen seit 5 Jahren alle Abwässer ungeklärt in die Elster. Wie der Bürgermeister der Stadt Schkeuditz, Herr Weber, auf einer Veranstaltung "Deine Stadt - gestern, heute, morgen" am 11.4.89 bekannte, ist mit einer grundlegenden Veränderung dieser Situation in den nächsten Jahren nicht zu rechnen.

Uli Spanka

Anlage

Der Traum von einem öffentlichen Verkehrssystem

Ich stelle mir vor: Von meinem Dorf aus will ich mit öffentlichen Verkehrsmitteln schnell und bequem in eine hundert Kilometer entfernte Stadt fahren. Dazu brauche ich - in meinem Traum - eigentlich gar keinen Fahrplan mehr: Ich muß lediglich wissen, zu welcher Zeit immer der Personenzug am nächsten Bahnhof in der gewünschten Richtung losfährt. Das ist einfach zu merken, denn von früh zeitig bis spät in die Nacht fährt nach dem Motto "Jede Stunde ein Zug" stündlich (auf viel befahrenen Strecken sogar jede halbe Stunde) ein Zug in jeder Richtung... Wenn ich nicht in der Nähe eines Bahnhofs wohne, beginnt die Fahrt in der gleichen Weise mit dem Bus, der mir am nächsten Bahnhof den Anschluß garantiert. Ich steige also in den Personenzug (der natürlich immer pünktlich kommt!) und fahre bis zur nächsten größeren Stadt mit. Dort steige ich in den schnelleren D-Zug oder Ex-Zug in meiner Richtung um (an allen derartigen Knotenpunkten kommen die Züge aus allen Richtungen zur gleichen Zeit sternförmig zusammen, warten aufeinander, man kann in Ruhe umsteigen... - dann fährt alles wieder auseinander. Und das Reisen ist auch schneller, als ich es bisher kannte: Für 150 km auf einer Hauptstrecke benötige ich nur etwa 100 min Fahrzeit... Die Züge (auch im Personennahverkehr) sind sauber und bequem und fahren leise und ohne das vertraute Holpern.

Natürlich kostet das auch im Traum etwas (die Verkehrswege und der Wagenpark müssen ja instand gehalten werden und sollen sogar ohne Subventionen auskommen): Für einen Kilometer Fahrt bezahle ich als Erwachsener in der 2. Klasse 20 Pfennige... Auf längeren Strecken wird das Fahren billiger (bei 300 km nur noch 15 pf./km). Aber es gibt Anreize, die das Fahren trotzdem attraktiv machen:

Zum einen werden keine Zuschläge mehr erhoben (D, Ex) Für einmalige Zahlung von 110 Mark erhalte ich einen Ausweis, der mich berechtigt, ein ganzes Jahr lang bei Bahn, Fernbus und Schiffen zum halben Preis zu fahren (ein Kilometer kostet jetzt also nur noch 10 Pf.)

Wenn ich und meine Frau ein solches 1/2-Preis-Abo haben, fahren unsere Kinder bis 16 Jahre immer kostenlos mit, ledige Kinder bis 25 Jahre zum halben Preis.

Es lohnt sich für Betriebe, ihren Dienstreisenden ein solches Abo zu schenken (die können es dann natürlich auch privat nutzen!) - um dann von der niedrigen Reisekostenabrechnung sogar noch zu profitieren

Und: Wer ein solches 1/2-Preis-Abo hat, kann Heftchen mit Tageskarten kaufen, die ihn berechtigen, für einen Auszahlungsbetrag von 20,- an einem Tag so weit zu fahren, wie er möchte.

Es gibt in meinem Traum noch mehr Vergünstigungen. Aber das alles brauche ich gar nicht weiter zu erspinnen, weil es das längst gibt: Die Beispiele entstammen der Praxis der Schweizer Bundesbahnen (aus eigenem Erleben und nach Prospekten zusammengestellt - die Preise wurden nach dem offiziellen DDR-Wechselkurs umgerechnet).

Bleibt nur noch eine Frage: Wann gehen wir daran, ein ähnlich attraktives DDR-Modell zu entwickeln?

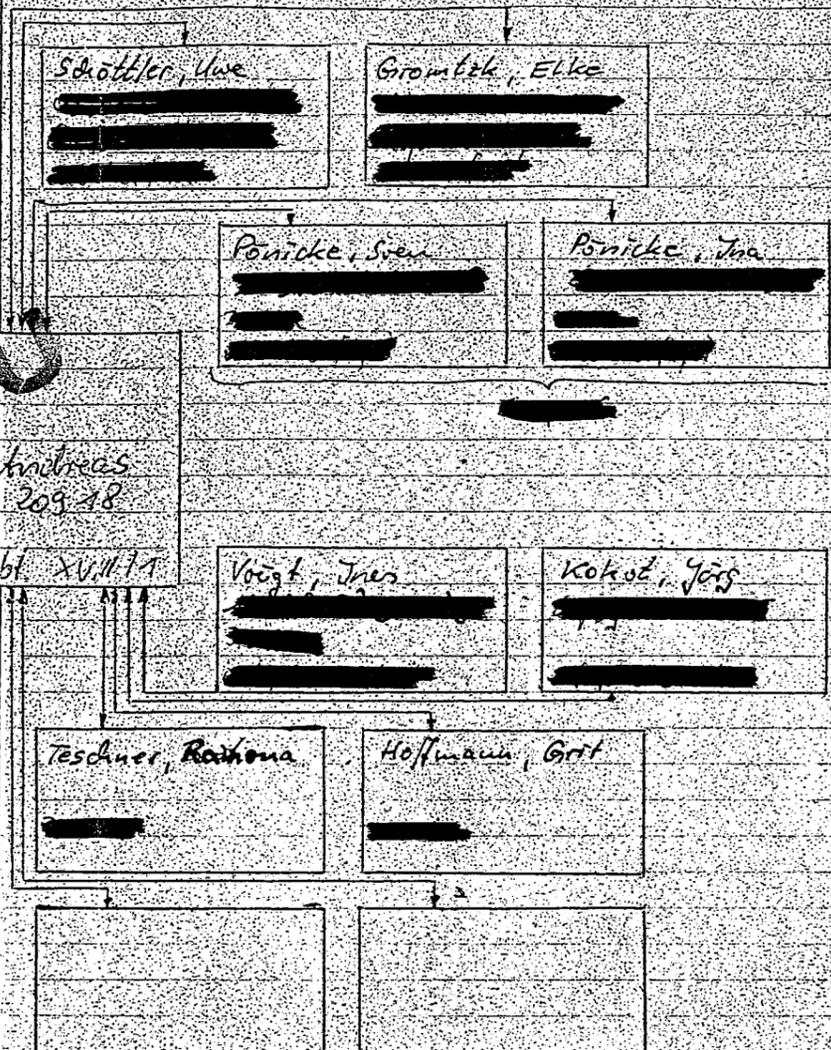
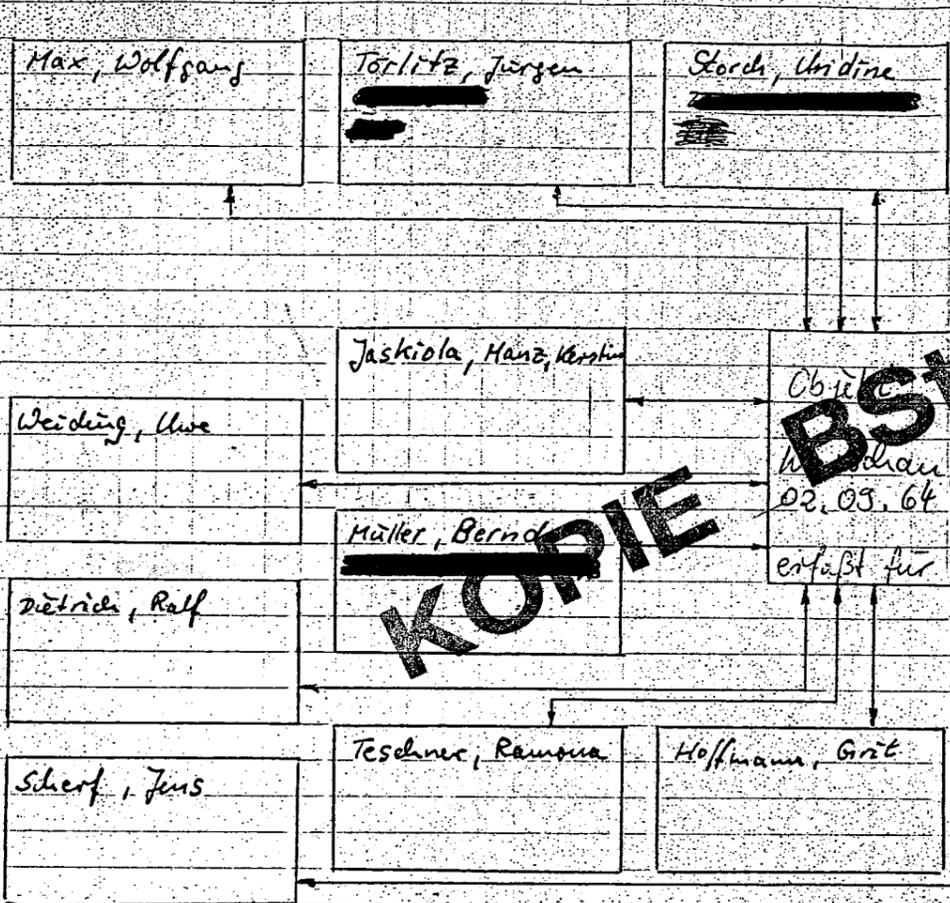
...

Quelle: "Informationsblatt der ökolog. Arbeitsgruppe beim evangelischen Kirchenkreis Halle; Autor: Joachim Krause, Hauptstr. 46 Schönberg 9611

Kontakte des Warschauer, Andreas

Arbeitsbereich
(Sympatisanten)

Freizeitbereich



Objekt
Warschauer, Andreas
02.03.64 - 20.08.68
erfaßt für Abt. XVIII

KOPIE

Stellvertreter für EAW
Sektion Journalistik,
Genossen [redacted]
7010 Leipzig

93000-10-13 29.10.85

SAZ - Soldat Warschau

Sehr geehrter Genosse [redacted] !

Am 24. Oktober hatte ich Sie schon kurz informiert über das als Ablichtung beigelegte Schreiben der NVA wegen des Soldaten Warschau.

Ich werde in einem Schreiben gegenüber der NVA mein Mißfallen zum Ausdruck bringen, daß uns die darin geschilderten Tatsachen erst quasi mit Beendigung der NVA-Dienstzeit mitgeteilt werden, obwohl doch aus dem Inhalt hervorgeht, daß sich die Dinge seit längerer Zeit anbahnten und es durchaus möglich gewesen wäre, uns früher zu informieren. Wir hätten daraufhin die Zulassung entziehen können, so daß es gar nicht erst zum Antritt des Studiums gekommen wäre.

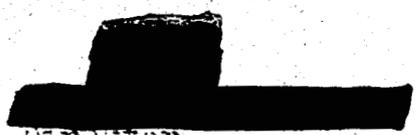
Jetzt schlage ich vor, folgendermaßen zu verfahren:

1. Ich bitte zu überprüfen, ob der Soldat Warschau sich schon am 28.8. in die Matrikelliste eingetragen hat. Wenn das nicht der Fall ist, dann die Eintragung am 1.11. aussetzen bis zur Klärung der Angelegenheit. Falls die Eintragung geschehen ist, müßte mit ihm sofort am 1.11., gleich bei seiner Vorstellung in der Sektion, eine Aussprache geführt werden über die in dem Schreiben der NVA enthaltenen Vorwürfe. Über das Gespräch sollte ein entsprechendes Protokoll angefertigt werden.
2. Der Entscheidung der Sektionsleitung will ich nicht vorgreifen, aber ich halte es für unwahrscheinlich, daß Warschau unter den gegebenen Umständen das Studium bei uns aufnehmen kann, wenn auch das bestätigt, was geschrieben steht. Falls ein Gespräch den Eindruck hinterläßt, dadurch Lehren ziehen zu wollen, sollte man ihm die Chance einräumen, sich in ein bis zwei Jahren, nach entsprechender Bewährung in der Praxis, wieder um die Zulassung bewerben zu können. Falls das stimmt, was von der NVA mitgeteilt wird, kann eigentlich die Zulassung nicht aufrechterhalten werden.

Diese unbefriedigende Situation hätte vermieden werden können, wenn wir bei rechtzeitiger Kenntnis von dem Entwicklungsproblemen des Soldaten Warschau in der Lage gewesen wären, hier gemeinsam mit einem Vertreter Ihrer Einheit alle Probleme zu klären und rechtzeitig, vor Beendigung des Armeedienstes, die erforderlichen Schritte einzuleiten. Durch Ihre zu späte Information stehen wir jetzt einer Situation gegenüber, die hätte vermieden werden können, ungeachtet der selbstverständlichen Konsequenzen, weil das Verhalten von Andreas Warschau nicht entschuldigbar ist und gegen die Aufnahme eines Studiums spricht. Wir haben inzwischen A. Warschau beurlaubt und ihm empfohlen, die nächsten Tage zur Arbeitssuche zu nutzen. Dienstzgl. sollte er sich auch mit seiner ehemaligen Volontariatsredaktion beraten, die ja für ihn noch eine gewisse Mitverantwortung trägt. Über den Erfolg der Bemühungen lassen wir uns ständig informieren.

Am Ende dieses Schreibens möchte ich noch einmal bemerken, daß es mir in meiner langjährigen Tätigkeit als Direktor für Studienangelegenheiten noch nicht vorgekommen ist, daß erst wenige Tage vor der Entlassung über einen Soldaten eine solche Beurteilung erfolgt. Ich werde dieses Beispiel zum Anlaß nehmen, um über das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen das Ministerium für Nationale Verteidigung über diese Praxis zu informieren, weil dies, wie immer gear- tet die Situation auch ist, für den Betroffenen, so zu Recht oder zu Unrecht, beinahe unzumutbar ist.

Mit sozialistischem Gruß



Direktor
für Studienangelegenheiten

Vert.: Ministerium für
Nationale Vert.

Ministerium für Hoch-
u. Fachschulwesen

Sektion Journalistik 7.11.85

DSA

NATIONALE VOLKSARMEE
"KURT SCHLOSSER KASERNE"

8060 Dresden, den 15. Oktober 1985
Postfach 19909

fron. E/A zu Durchfuhr 2
Student exmatrikuliert

"KARL-MARX-UNIVERSITÄT" Leipzig
Rektor Rathmann

7000 Leipzig

Karl-Marx-Universität Leipzig
Sekretariat des Rektors

18. Okt. 1985

1862

41 OKT 1985

Werter Genosse Rektor !

527

kl. - Br.

22.10.85

1/6 = 2014 (24.10.85)
15.12.1985 z K.

Aus gegebenen Anlaß sehe ich mich gezwungen Ihnen kurz vor der Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst des ehemaligen Unteroffizier Warschau über seine Entwicklung in unserer Dienststelle zu berichten.

Soldat Warschau ist sehr intelligent, was sich folgerichtig in seinen sehr guten Ergebnissen in der politischen- und Gefechtsausbildung niederschlägt. Es ist sehr schwer herauszufinden, was von den dargelegten Problemen in der politischen Schulung Überzeugungen sind und in welchen Bereichen es sich andererseits nur um Lippenbekenntnisse handelt.

Soldat Warschau wurde vor einem Jahr zum Funktionsunteroffizier befohlen, wurde also mit einer sehr verantwortungsvollen Aufgabe betraut. Nach verhältnismaßig kurzer Zeit mußte er von dieser Funktion wegen äußerst nachlässiger und verantwortungsloser Arbeit in mehren Fällen entbunden werden.

Obwohl theoretisch in der Lage alle an ihn gestellten Aufgaben und Forderungen in hoher Qualität zu erfüllen, nutzt er insbesondere in den vergangenen Tagen und Wochen alle Möglichkeiten seine negative Grundhaltung zu demonstrieren. So äußerte er mehrmals gegenüber anderen Armeeinghörigen seine Unlust zur Aufgabenerfüllung und würdigte den Status eines Unteroffiziers der Nationalen Volksarmee herab. Dabei bekannte er sich offen nicht mehr zu seiner eigenen Entscheidung als Unteroffizier auf Zeit aktiven Wehrdienst zu leisten. Offen gab er zu, diesen Schritt zu bereuen und er hätte es tun müssen, um seine weitere Entwicklung sichern zu können. Darüberhinaus forderte er andere Armeeinghörige im niederen Dienstgrad auf, gegen Festlegungen der Vorschriften und militärischen Bestimmungen zu verstoßen. Ungeachtet der großzügigen Unterstützung seiner Vorgesetzten während des Volksschulbesuches zum Erwerb der Sprachkundigenqualifikation, wo er teilweise von der

Dienstzeit freigestellt wurde, arbeitet er offen gegen seine Vorgesetzten, macht Stimmung bei Unterstellten zur Nichterfüllung gestellter Aufgaben und organisiert entgegen allen Verboten das Abhören von Sendern des kapitalistischen Auslands. In der vergangenen Woche war er schließlich der Organisator zu Aufwiegelungen in der sogenannten "EK-Bewegung", die zu groben Undiszipliniertheiten des Personalbestandes seiner Einheit führten.

Unter diesen Umständen schätze ich ein, daß Soldat Warschau für ein Studium an Ihrer international geschätzten Bildungseinrichtung nicht die politisch-ideologischen Voraussetzungen mitbringt, die ein erfolgreiches Journalistikstudium sichert. Mit seinem insbesondere in jüngster Vergangenheit in aller Öffentlichkeit demonstrierten Auftreten unterstreicht er selbst, wie sehr er der Ideologie des Klassengegners verfallen ist und in welchem Maße er nicht bereit ist gegen deren Auswirkungen einzuschreiten sondern aktiv vorzubereiten.

Ich bitte Sie aus den genannten Gründen, den Soldaten Warschau, der sich bei Ihnen an der Sektion Journalistik (Seminargruppe 14, Studiennummer 642542 VK) beworben hat und angenommen ist, zu exmatrikulieren. Die militärische Führung und die Parteileitung unterstützen diesen Antrag. Wir sind der Meinung, daß die Zulassung eines solchen Bürgers zu einem Journalistikstudium nicht vertretbar ist.

Mit sozialistischem Gruß


Oberstleutnant

KARL-MARX-UNIVERSITÄT



SEKTION JOURNALISTIK

Karl-Marx-Universität, Sektion Journalistik, DDR - 7010 Leipzig, Karl-Marx-Platz 9

Herrn
Andreas Warschau

Handwritten: 18.11.85

8231 Waldidyle
Bergstraße 55

Ihre Zeichen Ihre Nachricht vom Unsere Nachricht vom Unsere Zeichen

Datum
15.11.1985

Betrifft

Wertes Herr Warschau!

Bis heute erhielten weder das Direktorat für Studienangelegenheiten noch wir von Ihnen einen Einspruch gegen die Nichtaufnahme des Studiums. Damit ist die vierzehntägige Einspruchsfrist erloschen. Wir bitten Sie deshalb im Auftrage des Direktorats um schnellstmögliche Mitteilung, ab wann und wo Sie eine andere Tätigkeit aufnehmen werden, damit Ihr Exmatrikulationsverfahren ordnungsgemäß zu Ende geführt werden kann.

Mit sozialistischem Gruß

[Redacted Signature]

wiss. Mitarbeiter

Telefon 71 90 - Staatsbank der DDR, Konto-Nr. 5621 - 80 - 127152 - Postcheckkonto-Leipzig Nr. 190 23
Fernschreiber der Karl-Marx-Universität Nr. 051 350

III-18-210 LpG 541/83

Bk. in. K. 10. 11. 1935

Letzte keine ich haben noch nicht möglich,
ob unter dem es ist eine neue Tätigkeit
aufzulegen sowie, oder alle bisherigen Bäume.
Körperlich gebildet werden. Sollte es eine
selbstständiges Unternehmen.

Präsident
8734
B. 10. 11. 1935

Eingang
27 11 35
Setzen Journalistik

Handwritten signature

Dient nur als Quellennachweis
Recht der Vervielfältigung oder
Veröffentlichung vorbehalten.

Original im Besitz von:
Universitätsarchiv
Leipzig

Signatur:
StvA 6.3.3.13

Leipzig, 4.11.1985


-Direktor-

Betr.: SAZ - Soldat Warschau

Sehr geehrter Genosse Dr. Georgi!

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 29.10.1985, den bei uns immatrikulierten Reservisten Andreas Warschau betreffend, möchte ich Sie hiermit davon in Kenntnis setzen, daß wir

1. die delegierende Redaktion "Sächsische Zeitung" von der Angelegenheit informierten, die daraufhin, mit Schreiben vom 30.10.1985, die Delegierung zurückzog;

2. am 1.11.1985 das Gespräch mit dem Reservisten selbst führten und ihn von der bevorstehenden Exmatrikulation informierten.

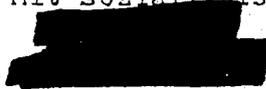
Er bat darum, mit dem Inhalt des Briefes, den er nicht kannte, vertraut gemacht zu werden und ließ danach erkennen, daß er Einspruch gegen die daraus abgeleitete Exmatrikulation erheben wolle. Da er jedoch bereits im Verlaufe des Gesprächs einige der gegen ihn erhobenen Vorwürfe bestätigen mußte, wurde ihm angeraten, genau zu überdenken, ob sein Einspruch begründet wäre.

Andreas Warschau wurde mitgeteilt, daß er bis zu weiterem Bescheid zunächst beurlaubt sei und empfohlen, die Zeit zur Arbeitssuche zu nutzen. Dabei sollte er sich diesbezüglich mit seiner ehemaligen Volontariatsredaktion beraten, die für ihn noch eine gewisse Mitverantwortung trage.

Auf seine Frage, ob für ihn jemals noch die Möglichkeit bestehe, ein Journalistikstudium zu absolvieren, wurde ihm mitgeteilt, daß er nach entsprechender Bewährung und erneuter Delegierung in etwa zwei Jahren eine erneute Bewerbung einreichen könne.

Die für die Exmatrikulation erforderlichen Schreiben bereiten wir vor und werden sie Ihnen übergeben, sobald wir erfahren, wo Andreas Warschau arbeiten wird.

Mit sozialistischem Gruß


Stellv. Direktor für
Erziehung u. Ausbildung

Karl-Marx-Universität
Sektion Journalistik
7010 Leipzig
Karl-Marx-Platz 9 8

Nachweis

zum Zwecke der Exmatrikulation

Name: W. Janssen Vorname: Andreas

geb. am: 02. Sept. 1964

Sektion/Bereich: Journalistik

Ausbildungsrichtung: _____

Immatrikulationsjahr: 1965

Von der Sektion / Bereich auszufüllen:

Grund der Exmatrikulation: Zurückreich. d. Ableg.
d. Vol. - Red. per 30.11.85

Es wird bestätigt, daß der Studierende gegenüber den Einrichtungen der Sektion/Bereich/
Ausbildungsrichtung (Bücherei, Werkstatt, Sammlungen u. a.) keine Verpflichtungen mehr hat.

Leipzig, den _____

(Unterschrift der Studienabteilung)